

Pressemitteilung
der Gesetzestreuern Jüdischen Landesgemeinde Brandenburg

Potsdam, Februar 2024 / Schwat 5784

Das Land, in dem Juden Hass und Heuchelei fließen

Der Antisemitismus in Deutschland ist eine Erfolgsgeschichte.

Der Wiederaufbau des Antisemitismus im Nachkriegsdeutschland ist eine Erfolgsgeschichte. Zur Tarnung dieser staatspolitischen Ideologie werden der Kampf gegen den Antisemitismus vorgetäuscht und „nützliche Juden“ angesetzt. Die aktuellsten Täuschungsaktionen sind die Einführung von sogenannten Antisemitismusbeauftragten und die Verkündung der „Nationalen Strategie gegen Antisemitismus“. Bald gibt es in Deutschland mehr Antisemitismusbeauftragte als Juden, denn für Juden ist hier kein Platz.

25 Jahre – ein Zeitabschnitt, der einen Rückblick und einen Ausblick erlaubt

Vor exakt 25 Jahren haben wir im Auftrag und mit dem persönlichen Segen des letzten Rabbiners des vernichteten Preußischen Landesverbandes Gesetzestreuere Synagogengemeinden KdÖR (sog. Halberstädter Verband), Izhak haKohen Halberstadt, die Gesetzestreuere Jüdische Landesgemeinde Brandenburg wiedergegründet.

Die Ende 1989 gestartete politische Aktion zur Aufnahme jüdischer Kontingentflüchtlinge aus der ehemaligen Sowjetunion gab uns Grund zur Hoffnung, dass dieses Land am Wiederaufbau des vernichteten jüdischen Lebens interessiert sei. Und das nicht etwa, weil dahinter moralische oder rechtliche Verpflichtungen stünden, sondern reines politisches und pragmatisches Kalkül.

Wir waren uns im Klaren, dass die Entscheidung, nach Deutschland zu gehen, für uns mit einem großen Vertrauensvorschuss sowie mit großen Risiken verbunden ist. Fast zwei Millionen aus der ehemaligen Sowjetunion ausgewanderte Juden haben sich für die USA und Israel entschieden. Etwa siebzig Tausend sind nach Deutschland gegangen. Unsere Gedanken waren, mit den Menschen aus der Politik, Regierung und Verwaltung gemeinsam das von deren Eltern und Großeltern vernichtete jüdische Leben in Deutschland wieder aufzubauen. Wir haben damals nicht damit gerechnet, dass wir mit diesen Gedanken allen diesen Menschen so richtig in die Quere kommen würden.

Von Anfang an haben sie bei jeder Gelegenheit zu verstehen gegeben, sie seien Bessermenschen, sie hätten immer Recht, sie wüssten alles besser und alle sollten auf sie hören. Sie meinten jedes Land auf dieser Erde belehren zu können. Sie seien die Guten, sie hätten immer und überall hilfsbedürftige Menschen gerettet. Sie wüssten besser als wir, was für uns Juden gut und was schlecht ist.

Als sie die Juden nach Auschwitz gebracht haben, um sie vor dem Volkszorn zu schützen, wäre das eine Rettungsaktion gewesen, damit sie anständig in den Gaskammern sterben konnten, statt vom wilden Mob in den eigenen Häusern und auf den eigenen Straßen vor den Augen ihrer Kinder und Eltern - vergewaltigt, zerstückelt, geköpft und lebendig verbrannt zu werden. Und auch jetzt wollten sie die stets undankbaren Juden vor der sowjetischen Willkür retten.

Als Heinz Galinski, von 1954 bis 1963 - der erste Vorsitzende des „Zentralrates der Juden in Deutschland“, sie beschuldigt hat, den gestohlenen jüdischen Besitz nicht wieder herausgeben zu wollen, habe er nicht verstanden, dass der Grund dafür war, die Juden zur Auswanderung nach Israel bewegen zu wollen, und somit im Interesse der Juden und des Staates Israel zu handeln.

Als sie die zwischen 1990 und 2004 nach Deutschland eingewanderten sowjetischen Juden über das ganze Land zerstreut haben, um den Wiederaufbau der vernichteten jüdischen Gemeinden zu verhindern, hätten sie den eingewanderten Juden damit ebenfalls die Auswanderung nach Israel nahegelegt. Die Zerstreung sollte somit den Juden und dem Staat Israel zugutekommen.

Als der brandenburgische Ministerpräsident Manfred Stolpe für jüdische Einwanderer als Begrüßungsgeschenk eine Trauerhalle auf dem alten zerstörten jüdischen Friedhof in Potsdam renovieren ließ, hatten wir naiv angenommen, das Fachreferat für Judenangelegenheiten sei bloß inkompetent und hätte ihn falsch beraten. Man hätte einfach nicht gewusst, dass der Wiederaufbau des jüdischen Lebens nicht in einer Trauerhalle beginnt, sondern in einem dringend benötigten jüdischen Kindergarten und einer jüdischen Schule.

Erst viel später haben wir verstanden, dass man bei der medienbegleiteten Übergabe der Trauerhalle eine klare und ehrliche Botschaft übermittelt hat:
Es gibt in diesem Land keinen Platz für jüdisches Leben.

Als sie von Ignatz Bubis bereits seit 1995 seine Zustimmung verlangt haben, die Aufnahme der jüdischen Kontingentflüchtlinge aus GU-Staaten zu stoppen, hätten sie damit die sowjetischen Juden vor weiterer, in Deutschland zwingend verlangter Assimilation schützen wollen. Bubis mit seiner Reaktion: „Mit mir ist das nicht zu machen!“, - war bloß nicht darauf gekommen. Erst sein Nachfolger, Paul Spiegel hat seine Zustimmung loyal erteilt. Infolgedessen kamen seit 2004 kaum Juden mehr nach Deutschland.

Im Januar 1999 haben wir unsere Gemeinde wiedergegründet und damit gerechnet, dass das Land Brandenburg unser Vorhaben – den vernichteten Preußischen Landesverband Gesetzestreuer Synagogengemeinden KdÖR wieder aufzubauen – unterstützen wird. Zumindest aus Gleichbehandlungsgründen wäre das Land dazu verpflichtet gewesen. Die uns vom zuständigen Judenreferat übermittelte Botschaft lautete: Außer dem Zentralrat der Juden in Deutschland und seinen Landesgemeinden würde in Deutschland keine weitere jüdische Religionsgemeinschaft benötigt, geschweige denn gefördert. Es bestehe keine rechtliche Grundlage für die Förderung jüdischer Religionsgemeinschaften, Staatsverträge gebe es nur für Einheitsgemeinden des Zentralrates der Juden. Dadurch seien der – sonst so judenfreundlichen – Landesregierung Brandenburg die Hände gebunden. Darüber hinaus fehle es an einer Rechtsgrundlage für die Zuerkennung des Status einer Körperschaft des öffentlichen Rechts, auch wenn die Landesregierung dies für die konkurrierende Brandenburgische Landesgemeinde des „Zentralrates der Juden“ ohne jegliche Rechtsgrundlage erteilt hat.

Am 10. Mai 2005 haben wir in die „gebundenen Hände der judenfreundlichen Landesregierung Brandenburg“ die notwendige Rechtsgrundlage gedrückt. Mit seinem Urteil hat das Oberverwaltungsgericht Brandenburg die Landesregierung verpflichtet, die Gesetzestreue Jüdische Landesgemeinde mit der Landeseinheitsgemeinde des sog. Zentralrates der Juden gleich zu behandeln.

Die Landesregierung hat jedoch vom brandenburgischen Parlament für sich neue Handschellen angefordert und erhalten. Mit der Zustimmung des Landtages wurde der zwischen der Landesregierung und der Landeseinheitsgemeinde des sog. Zentralrates der Juden geschlossene Staatsvertrag zum Landesgesetz. Das Anfang 2005 verabschiedete Zustimmungsgesetz sah vor, dass

die Gesetzestreue jüdische Religionsgemeinschaft ihre Förderansprüche ausschließlich an die konkurrierende Landeseinheitsgemeinde des Zentralrates der Juden richten sollte.

Ein enormes Dankbarkeitsgefühl hat uns zu einem weiteren Versuch bewegt, die Landespolitik vom politischen Druck seitens des Judenrates zu befreien. Wir haben gegen das diskriminierende Landeszustimmungsgesetz beim Bundesverfassungsgericht Verfassungsbeschwerde eingelegt.

Am 12. Mai 2009 hat das Bundesverfassungsgericht die diskriminierende Regelung des brandenburgischen Staatsvertrages für verfassungswidrig und nichtig erklärt und das Land zur paritätischen Behandlung der beiden gleichwertigen und gleichberechtigten jüdischen Religionsgemeinschaften aufgefordert. Die Politik und Regierung haben damit die Möglichkeit bekommen, mit der gezielten Diskriminierung der Gesetzestreuenden Landesgemeinde aufzuhören, ohne einen politischen Widerstand seitens des Vertreters des zentralen deutschen Judenrates zu befürchten.

Parteiübergreifende Strategie der Vernichtung und Vertreibung

Mit ihrer Reaktion auf diese historische Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes haben die Machthabenden ihre Strategie gegen das Judentum unverhohlen bekräftigt: Parteiübergreifend und im Einklang mit der Bundespolitik blieb dieses Land seiner Vernichtungs- und Vertreibungspolitik gegen das Judentum und gegen die Juden auch weiterhin treu. Der Zentralrat der Juden in Deutschland als Spitzenverband des von staatlichen Mitteln aufgebauten und am Leben gehaltenen deutschen Ersatzjudentums sei auch weiterhin der einzige jüdische Ansprechpartner der Regierung und der Politik.

Seitdem wird der sog. Zentralrat der Juden und seine Landeseinheitsgemeinden zunehmend als Schutzschild der auf die Vernichtung des Judentums, Vertreibung der Juden und Schwächung des Staates Israel gerichteten deutschen Politik genutzt. Was diese Nationalstrategie in den vergangenen vierunddreißig Jahren erreicht hat, bekommen heute die in Deutschland noch verbliebenen Juden sowie der Staat Israel an der eigenen Haut zu spüren.

Brandenburg als Vorreiter

Das Land Brandenburg gilt bei der Umsetzung dieser Strategie nach wie vor als Vorreiter. In diesen 34 Jahren wurde im Land Brandenburg weder eine jüdische Schule, noch ein jüdischer Kindergarten, noch ein jüdisches Krankenhaus oder ein Wohnheim für jüdische alte Menschen wiederaufgebaut. Die Landeseinheitsgemeinde des sog. Zentralrates der Juden hat kein Eigentum der ehemaligen jüdischen Gemeinden zurückbekommen. Wo früher die von der DDR-Regierung zerstörte Synagoge am Platz der Einheit in Potsdam stand, steht jetzt ein Wohnhaus, auf der Stelle der ehemaligen Synagoge in Babelsberg - ein Bungalow, in der Stadtvilla der vernichteten jüdischen Gemeinde in der Berliner Straße wird das Sozialgericht untergebracht, die Restitutionszahlung für das Gebäude des jüdischen Kindergartens in Babelsberg ist an den sog. Zentralrat der Juden gegangen usw. In Potsdam gibt es kein jüdisches Viertel, kein jüdisches Restaurant und kein koscheres Lebensmittelgeschäft. Von ca. 8.500 seit 1990 aufgenommenen jüdischen Zuwanderern aus der ehemaligen Sowjetunion sind im Land Brandenburg heute weniger als 1000 Juden verblieben, ca. 500 davon leben noch in Potsdam.

RBB soll ein blühendes jüdisches Leben in Brandenburg zeigen

Neulich hat uns eine Autorin angerufen, die vom RBB beauftragt ist, einen Film über das blühende jüdische Leben in Brandenburg zu drehen. Der Anlass ist die im Sommer geplante Eröffnung einer staatlichen „Potemkinschen Synagoge“ in Potsdam.

Es ist eine schwierige Aufgabe – etwas zu zeigen, das es nicht gibt. Es braucht Einiges an Kreativität, um ein landeseigenes Bürogebäude mit einem Veranstaltungsraum, einer Kantine und einer Sauna der Öffentlichkeit als „jüdische Synagoge“ glaubhaft zu präsentieren. Aber die Autorin schafft es bestimmt. Die Vertreter des dafür bezahlten Ersatzjudentums werden schon die richtigen potemkinschen Bilder liefern.

Unserem Vorschlag, das jüdische Leben und die jüdische Infrastruktur in Paris, Amsterdam, Budapest, Antwerpen, Moskau oder sogar im ukrainischen Dnepropetrovsk oder Odessa mit dem brandenburgischen Ersatzjudentum zu vergleichen, wird die Autorin sicherlich nicht folgen, denn eine solche Sendung würde vom RBB nicht zugelassen und für die Autorin wäre das wohl ihr letzter RBB-Auftrag.

Schein-Synagoge als Landesbaumaßnahme

Die Potsdamer Schein-Synagoge ist in der deutschen Geschichte der erste Sakralbau, der vom Staat gebaut ist und der sich im Eigentum des Staates befindet. Ein Bundesland darf zwar für die Unterbringung der Landesbehörden Immobilien bauen. Eine Synagoge, eine Kirche oder eine Moschee zu errichten – ist dagegen verfassungswidrig.

Aber nicht im Land Brandenburg! Das Land baut die Schein-Synagoge als Landesbaumaßnahme, das Gebäude bleibt im Landesbesitz und wird der Öffentlichkeit als „jüdische Synagoge“ präsentiert. Als Verwalter und Nutzer des Hauses hat sich das Land eine Tochterorganisation des sog. Zentralrates der Juden in Deutschland, den Verein „Die Zentralwohlfahrtstelle der Juden in Deutschland“ aus Frankfurt am Main ausgesucht. Der Mitnutzer soll die Landeseinheitsgemeinde des „Zentralrats“ werden.

Die architektonische Ausführung des Gebäudes lässt eine Umwandlung des Hauses zu einem administrativen Gebäude mit einfachen Mitteln zu, sodass für den Fall einer verfassungsrechtlichen Beanstandung oder der zu erwartenden Auflösung der Einheitsgemeinde der Nutzungszweck leicht umgestellt werden kann.

Hausgemachte und importierte Antisemiten

Eine sorgfältig durchdachte Erziehungs- und Bildungspolitik und die anhaltende massive Propaganda gegen den Staat Israel und gegen Juden haben dazu geführt, dass in Deutschland nach dem Holocaust mehrere Generationen von Menschen mit tief verwurzelter Feindseligkeit gegenüber Juden und dem Staat Israel erzogen worden sind. Die hausgemachten Antisemiten wurden qualitativ und quantitativ durch Millionen judenfeindlicher Araber gestärkt, die die deutsche Regierung als Flüchtlinge aufgenommen hat und weiterhin aufnimmt. Es wurde bereits ein neues Gesetz verabschiedet, wonach diese „Flüchtlinge“ innerhalb von 3 bis 5 Jahren nach Einreise deutsche Staatsbürger werden können. Und diese neuen deutschen Staatsbürger*innen werden jene Politiker wählen, die ihre Mistreiter weiterhin in Deutschland willkommen heißen werden.

Kein Platz für Juden

Von den ca. 70.000 Juden und ihren Familienangehörigen, die von 1990 bis 2004 nach Deutschland aufgenommen worden sind, ist heute nicht mehr als die Hälfte übrig geblieben. Die meisten davon sind im Rentenalter. Die Bundespolitik hat es nicht einmal geschafft, die Dienst- bzw. Arbeitsjahre der jüdischen Einwanderer aus der ehemaligen UdSSR anzuerkennen. Ältere jüdische Mitbürger*innen sind daher gezwungen, von Sozialleistungen zu leben. Die Bundespolitik hat es nicht geschafft, unseren Schabbat in die Liste der geschützten religiösen arbeitsfreien Tage aufzunehmen. Daher ignorieren Arbeitgeber und Jobcenter die Anträge gläubiger Juden, am Schabbat von der Arbeit befreit zu werden. Es gibt in Deutschland nur eine Handvoll jüdischer Schulen und Kindergärten und diese können kaum als jüdisch bezeichnet werden, da sie von den sogenannten Einheitsgemeinden

betrieben werden. Die Polizei muss vor den Räumlichkeiten jüdischer Gemeinden Wache halten, da die Gefahr von Übergriffen immer größer wird.

Die einzige Möglichkeit für die Juden in Deutschland, Angriffe und Beleidigungen zu vermeiden, besteht darin, ihre jüdische Identität nicht durch ihr Aussehen, ihre Kleidung oder Gespräche preiszugeben. Mit einer Kippa durch die Straßen zu gehen, offen etwas Jüdisches in den Händen zu tragen oder in der Öffentlichkeit Hebräisch zu sprechen, kann in Deutschland lebensgefährlich sein. Jüdische Zeitschriften und Zeitungen werden den Abonnenten in sogenannten neutralen Umschlägen versandt, sodass man nicht so leicht erkennen kann, in welchen Wohnungen und Häusern Juden leben. In vielen Städten gibt es bereits Gebiete, die Juden besser vermeiden sollten. Juden in Deutschland haben kaum Möglichkeit, eine Erlaubnis zum Tragen von Waffen zur Selbstverteidigung zu erhalten, wie es beispielsweise in Israel und anderen Ländern praktiziert wird. Allein der Staat hat es in der Hand, gegen die Gewalttäter vorzugehen und damit auch zu entscheiden, wer geschützt oder auch nicht geschützt wird. Der Besuch deutscher Schulen und Hochschulen ist für jüdische Kinder und Jugendliche mittlerweile nahezu unmöglich. Dort werden sie von ihren arabischen sowie links- und rechtsextremistisch gesinnten Mitschülern und Kommilitonen offen schikaniert.

Man kann sich nicht verstecken

Jeder, der sich zumindest ein wenig mit der Geschichte unseres Volkes auskennt, weiß, wozu alle Versuche, sich zu assimilieren, zu verstecken und „wie alle anderen zu sein“, geführt haben. Die Holocaustüberlebenden wissen es am besten. Und wie kann sich ein jüdisches Schulkind heute in einer deutschen Schule überhaupt verstecken, wenn seine Klassenkameraden ihn auffordern mitzugehen, um gemeinsam Steine auf jüdische Fenster zu werfen oder einen Juden zu verprügeln?

Grenzenlose Solidarität

All die Jahre hat Deutschland mit seiner außenpolitischen Position unserem jüdischen Staat Israel enormen Schaden zugefügt. In den Vereinten Nationen stimmt Deutschland ganz überwiegend gegen Israel oder enthält sich. Der deutsche Staat unterstützt großzügig das erfundene palästinensische Volk und fordert von Israel die Übergabe israelischer Gebiete an die Araber und die Teilung unserer heiligen und unteilbaren Hauptstadt Jerusalem.

In all den Jahren hat Deutschland enorme Summen in die Finanzierung zahlreicher Terrororganisationen investiert, deren offenes Ziel die Zerstörung des Staates Israel ist. Deutschland und die Europäische Union zahlen jährlich Hunderte Millionen Euro an die Hamas und ihre Strukturen.

Am 7. Oktober 2023 feuerte die Hamas moderne Raketen auf Städte und Gemeinden Israels ab; aus dem Gazastreifen wurden etwa 5.000 solcher Raketen abgefeuert. Gut bewaffnete und ausgebildete Hamas-Banden fielen dann auf dem Land-, See- und Luftweg in nahegelegene israelische Gemeinden und Militäreinrichtungen ein. Etwa 1.500 Israelis wurden getötet, mehr als 245 als Geiseln genommen und es kam zu weitverbreiteter sexueller Gewalt gegen Frauen, Kinder und Männer. Die Angreifer verbrannten Erwachsene und Kinder bei lebendigem Leibe, schändeten die Leichen, zerstückelten und enthaupteten sie. Der Angriff war der größte Massenmord an Juden seit dem Holocaust und ein noch nie dagewesener brutaler Akt des arabischen Terrorismus.

Nach dem 7. Oktober stieg die Gefahr von Angriffen auf Juden in Deutschland um ein Vielfaches. Ein großer Teil der Verantwortung für die schreckliche Tragödie vom 7. Oktober kann und sollte der deutschen Regierung und der Europäischen Union zugeschrieben werden.

Nach der Tragödie vom 7. Oktober beschlossen Deutschland und die Europäische Union, die finanzielle Unterstützung für den Gazastreifen, der noch heute größtenteils von der Hamas regiert

wird, zu erhöhen. Gleichzeitig bekundete die Bundesregierung unter dem Beifall des „Zentralrats der Juden“ ihre Solidarität mit Israel und allen Jüdinnen und Juden in Deutschland.

Keine Gleichbehandlung für jüdische Flüchtlinge

Es herrscht Krieg in Israel, gegen die Hamas im Süden und gegen die Hisbollah im Norden. Die Zivilbevölkerung leidet täglich unter Raketenangriffen und feindlichen Einbrüchen in die jüdischen Städte und Gemeinden. Alte Menschen und Kinder müssen immer darauf vorbereitet sein, mehrmals am Tag zu Schutzbunkern zu laufen und dort lange Stunden zu verbringen. In dieser Situation weigert sich Deutschland solidarisch, Flüchtlinge aus Israel aufzunehmen. Jüdische Flüchtlinge aus Israel werden in Deutschland als Touristen behandelt und bekommen im Gegensatz zu arabischen Einwanderern keine Unterkunft und keine Sozialleistungen.

In Deutschland ist kein jüdisches Leben möglich

Viele hochgebildete und begabte deutsche Staatsbürger wollen auswandern oder haben Deutschland bereits verlassen, weil sie für sich und ihre Kinder hier keine Zukunft mehr sehen. Dazu gehören in erster Linie, wie immer, Juden. Wir kennen keine jungen Juden oder jüdische Familien mit Kindern, die in diesem Land bleiben wollen. Es stellt sich bloß die Frage – wohin geht man? Der Antisemitismus hat überall stark zugenommen, aber im Epizentrum des Antisemitismus zu bleiben – ist das Schlimmste. Für die meisten älteren jüdischen Menschen besteht leider keine Möglichkeit zur Auswanderung. Sie müssen hier bleiben und ihre Identität gut verstecken, solange die Einheitsgemeinden den zuständigen deutschen Behörden ihre Mitgliederlisten noch nicht vorgelegt haben...

Der Vorstand